

## „So kann das nicht w

Alle Betroffenen müssen eingebunden werden, um eine gute Lös

Was tun mit dem Straßenstrich im Bezirk? Die Grünen luden zu einem Diskussionsabend mit betroffenen Anrainern. Ihr Fazit: Das Pilotprojekt der Stadt Wien hat keine Verbesserungen gebracht, Experten und Anrainer sprechen sich für eine wienweite Lösung aus.

(mr). Es klang zu gut, um wahr zu sein: Als die zuständige SP-Stadträtin Sandra Frauenberger vor einigen Monaten das Pilotprojekt vorstellte, mit dem die Straßenprostitution im 15. Bezirk eingedämmt werden sollte, glaubten nur wenige an einen Erfolg. Das Ziel war, den Straßenstrich auf die Linke Wienzeile zwischen Anschützgasse und Jheringgasse sowie auf die Linzerstraße hinter dem Technischen Museum zu verlagern. Seit vier Monaten läuft der Versuch nun, die Bilanz fällt bei vielen aber wenig positiv aus.

### „Situation ist eskaliert“

„Die Situation ist vollkommen eskaliert“, sagte Gabriele Schön, Sprecherin der Bürgerplattform Felberstraße, bei einem Diskussionsabend, der von den Rudolfs-



Die Steine, die den Strich bedeuten: Die Äußere Mariahilfer Straße (hier) ist ein Straßenstrich. Das Pilotprojekt der Stadt Wien, den Strich auf zwei S

heimer Grünen veranstaltet wurde. Schön wohnt seit Langem auf der Felberstraße. „Früher“, erzählt sie, „habe ich gesagt, dass man den Straßenstrich einfach akzeptieren muss. Das hat sich aber durch das extreme Überborden geändert.“ Der Straßenstrich ist ein emotio-

nales und polarisierendes Thema, das zeigte sich auch bei der Veranstaltung. Viele der anwesenden Anrainer redeten sich in Rage. Alle von ihnen haben ihre persönlichen Erfahrungen: Frauen erzählten davon, dass sie selbst regelmäßig von Freiern angesprochen werden oder dass die Prostituierten oft sogar am helllichten Tage an der Straße stehen – neben Kindergärten oder Schulen.

### Hebein kritisiert Pilotprojekt

„Die Lösung für das Problem könne es nicht geben, ist Birgit Hebein, Klubobfrau der Rudolfsheimer Grünen, überzeugt: „Der einzige Weg ist, miteinander zu reden und alle Betroffenen einzubinden.“ Mit Verboten oder Freierbestrafung ließe sich das Problem jedenfalls nicht aus der Welt schaffen. Die frühere Sozialarbeiterin schlägt stattdessen ein Bündel an Maßnahmen vor, dass sich an bereits erfolgreich umgesetzten Schritten in anderen Großstädten orientiert. Das Pilot-



Elisabeth van Rahden (Sophie), Grünen-Chefin Birgit Hebein, Anrainerin Andrea Addison und Gabriele Schön (Bürgerplattform Felberstraße).



## eitergehen!“ ung zu finden, sagt Grünen-Chefin Hebein

am Bild) oder die Felberstraße sind besonders von der Straßenprostitution zu begrenzen, hat die Situation nicht verbessert. Fotos: Riedmüller (2)

projekt der Stadt Wien hingegen sei alles andere als zielführend: „Die Konzentration auf wenige Straßen bedeutet eine immense Belastung für die Anrainer.“

### Von einer Ecke in die andere

Dem kann Andrea Addison uneingeschränkt zustimmen. Sie wohnt in der Nähe der Linken Wienzeile, wo die Straßenprostitution seit einigen Monaten erlaubt ist. „Vorher hatten wir das Problem nicht, plötzlich sind auch wir betroffen“, sagt die Anrainerin. „Der Straßenstrich kann doch nicht von einer Ecke in die andere geschoben werden.“ Addison fordert, wie auch Hebein, eine wienweite Lösung. So wie derzeit könne es jedenfalls nicht weitergehen.

### Verschärfte Polizeiarbeit

Das sieht auch Elisabeth W. so, die selbst ein Bordell betreibt und die Probleme der Sexarbeiterinnen kennt: „Die Situation derzeit ist katastrophal, für die Sexarbeiterinnen genauso wie für die Anrainer.“ Das Problem derzeit sei, dass vollkommen unklar ist, wo die Schutzzonen wirklich sind. Die Folge sei, dass viele Frauen nun Probleme haben, da sie horrend Strafen bekommen. „Oft straft die Polizei vollkommen willkürlich.“ Tatsächlich haben sich die Kontrollen der Polizei in den vergangenen Monaten vervielfacht. Eindämmen konnte sie den Straßenstrich damit auch nicht.

### „Brauchen ein Gesamtpaket“

Die Anrainer wünschen sich deshalb Maßnahmen, die das Problem an der Wurzel packen. Auch Hebein fordert ein Gesamtpaket, das beispielsweise die Schaffung von so genannten Laufhäusern und eine Überarbeitung der Schutzzonenregelung beinhaltet. Denn: „Der derzeitige Versuch ist wirklich unausgegoren.“ Eine der wenigen Feststellungen, denen sich bei der Diskussionsveranstaltung alle anschließen konnten.